Polizeipräsidium Bonn
-ZA 21-

Bonn, 21.03.2019

POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Bonn

Beim Polizeipräsidium Bonn

ist

zum nächstmöglichen Zeitpunkt

in der Direktion Zentrale Aufgaben, im Sachgebiet ZA 14

die Stelle eines/r Arbeitsschutzbeauftragten

unbefristet in Vollzeit zu besetzen.

Organisatorische Anbindung	Unterstellung:	Leiterin/Leiter ZA 14

Erforderliche Voraussetzungen	• Nachweis der nach DGUV Vorschrift 2 erforderlichen sicherheitstechnischen Fachkunde von Fachkräften für Arbeitssicherheit durch Erfüllung der nachfolgend festgelegten Anforderungen: 1. Sie sind berechtigt, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen oder haben einen Bachelor- oder Masterabschluss der Studienrichtung Ingenieurwissenschaften oder eine Prüfung als staatlich anerkannter Techniker oder Meister erworben, bzw. Ihnen wurden mit Zustimmung des zuständigen Unfallversicherungsträgers und der jeweiligen staatlichen Arbeitsschutzbehörde meisterähnliche Tätigkeiten sowie gleichwertige Qualifikationen in nichttechnischen Berufen anerkannt, 2. Sie haben danach eine praktische Tätigkeit in diesem Beruf mindestens zwei Jahre lang ausgeübt und 3. einen Lehrgang zum Erwerb der sicherheitstechnischen Fachkunde, welche von Unfallversicherungsträgern und anderen anerkannten Veranstaltungsträger angeboten werden, erfolgreich abgeschlossen. • Führerschein Klasse B
Erfolgskritische Aufgaben	• Weiterentwicklung vorbeugender Arbeitsschutzmaßnahmen auf Grundlage gesetzlicher Vorschriften • Durchführung von Schulungen und Unterweisungen im Arbeitsschutz • Unterstützung der Führungskräfte in deren Pflichten zur Erfüllung von Anforderungen des Arbeitsschutzes • Übernahme der entsprechenden Beauftragten-Funktion • Ansprechpartner in allen Fragen des Arbeitsschutzes für die Behörde • Organisation der Arbeitsschutzsitzungen inklusive Begleitung von Begehungen • Fachliche Führung der nicht freigestellten Sicherheitsbeauftragten • Zusammenarbeit mit der externen Fachkraft für Arbeitssicherheit • Ermitteln und Beurteilen von arbeitsbedingten Unfall- und Gesundheitsgefahren und von Faktoren zur Gesundheitsförderung. Das erfordert insbesondere Identifizieren, Analysieren, Beurteilen und Dokumentieren von Risiken durch physikalische, chemische und biologische Gefährdungs- und Belastungsfaktoren sowie durch physische und psychische einschl. psychosoziale Belastungen der Beschäftigten. • Unterstützung einer geeigneten Aufbau- und Ablauforganisation, so dass Sicherheit und Gesundheitsschutz bei allen Tätigkeiten beachtet und in die betrieblichen Führungsstrukturen eingebunden werden.

Erfolgssichernde Kompetenzmerkmale	• Souveränes Auftreten sowie Beratungs- und Präsentationserfahrung • Verhandlungsgeschick und Überzeugungskraft • Überdurchschnittlich sorgfältige Arbeitsweise • Gutes Organisationsvermögen, auch unter Zeitdruck • Ausbildung zur Fachkraft für Arbeitssicherheit • Darüber hinaus: Hohes Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Bereitschaft zur Fortbildung, gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, PC-Kenntnisse (Windows 8, Office-Produkte), selbstständiges Arbeiten unter Belastung, freundliches Auftreten, Bereitschaft zu Wochenend- oder Abenddiensten (z. B. in Einsatzlagen)

Stellenbewertung / Eingruppierung:
Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet als Vollbeschäftigte/ Vollbeschäftigter mit einer grundsätzlichen wöchentlichen Arbeitszeit vom 39 Stunden und 50 Minuten. Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Die Stelle ist mit der Entgeltgruppe 11 der Entgeltordnung zum TV-L bewertet.

Auswahlmodalitäten:
Nach Sichtung aller eingegangenen Bewerbungen wird von den am Auswahlverfahren beteiligten Stellen (Personalstelle, Dienststelle, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, ggf. Schwerbehindertenvertretung) eine Vorauswahl getroffen.

Die bei dieser Vorauswahl ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber nehmen im Anschluss ggf. an einem Auswahlverfahren teil. Das Auswahlverfahren basiert auf den zuvor genannten Kompetenzmerkmalen und besteht i.d.R. aus mehreren Verfahrensteilen (z.B. einem Fachtest und einem Interview vor einer Auswahlkommission).

Bewerbungstermin:
Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, Kopie des Schulabschlusszeugnisses, Kopie des Ausbildungszeugnisses, Gesellenbrief, Meisterbrief, Praktikumsbescheinigungen, Arbeitgeberzeugnisse), ggf. einschließlich einer Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in Ihre Personalakte, richten Sie bitte bis zum

18.04.2019 (Posteingang)

bevorzugt per E-Mail an **ZA21Bewerbungen.Bonn@polizei.nrw.de**

oder schriftlich an das **Polizeipräsidium Bonn**
ZA 21.4
Königswinterer Str. 500
53227 Bonn

Elektronische Bewerbungen übersenden Sie bitte im PDF-Format, vorzugsweise in einer Datei. Bitte reichen Sie keine Originale von Zeugnissen, etc. ein. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurück gesandt, sondern im Anschluss an das Auswahlverfahren vernichtet.

Informationsmöglichkeiten:
Für weiterreichende Informationen zu der ausgeschriebenen Stelle stehen Ihnen bei ZA 21
Frau Mill (Tel. 0228/15-2213), Frau Lambert (Tel. 0228/15-2228) und der komm. Leiter der Dienststelle ZA 21, Herr Schneider (Tel. 0228/15-2200) zur Verfügung oder senden Sie eine E-Mail an ZA21Bewerbungen.Bonn@polizei.nrw.de.

Der Dienstort befindet sich im Polizeipräsidium Bonn, Königswinterer Straße 500, 53227 Bonn.

Sonstige Hinweise:

Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.
Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und diesen Gleichgestellten im Sinne des § 2 SGB IX sind erwünscht.
Die Besetzung der Stelle ist grundsätzlich auch in Teilzeit möglich.

Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung:

Ab dem 25.05.2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DSGVO als auch entsprechende nationale Regelungen enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:
Dem Polizeipräsidium Bonn ist es wichtig, einen höchstmöglichen Schutz Ihrer persönlichen Daten zu gewährleisten.
Ihre Bewerbungsdaten werden selbstverständlich vertraulich behandelt. Alle persönlichen Daten werden auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 DSGVO in Verbindung mit dem Tarifvertrag der Länder (TV-L), dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG NRW) und dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG NRW) verarbeitet. Folgende Daten werden zum Zwecke des Auswahlverfahrens gespeichert: Name, Anschrift, Geburtsdatum und –ort, Ausbildungen/Umschulungen, bisherige Tätigkeiten/ Zeugnisauswertungen.
Ihre Daten werden erhoben, um das Auswahlverfahren zu vereinfachen, Kontakt mit Ihnen aufnehmen zu können und die Beteiligung des Personalrates, der Gleichstellungsbeauftragten, ggf. der Schwerbehindertenvertretung und der beteiligten Vorgesetzten sicherstellen zu können. Zum Zwecke der Beteiligung am Personalauswahlverfahren werden Ihre personenbezogenen Daten an Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, ggf. Schwerbehindertenvertretung und beteiligte Vorgesetzte im jeweiligen Auswahlverfahren weitergegeben. Mit der Zusendung Ihrer Bewerbungsunterlagen erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Daten bis zum Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens gespeichert werden. Danach werden diese entsprechend der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vernichtet.

Im Auftrag

gez.

(Kunze)